

Wege über den großen Graben

Isfahan und Freiburg verbindet seit fünf Jahren eine Städtepartnerschaft – nun diskutierten iranische und deutsche Juristen in Iran über Menschenrechte

„Die Menschenrechte? Die haben wir Iraner erfunden!“ Die Studenten der Universität Isfahan zitieren aus dem Stand die Sätze über Religionsfreiheit, die Cyrus, Herrscher des persischen Reichs, vor rund 2500 Jahren formuliert hatte. In der Vergangenheit unseres Landes, so ist das zu verstehen, lassen sich genug Anlässe ausmachen, Stolz zu empfinden. Die Betonung liegt meist auf Vergangenheit.

In der Gegenwart findet an der Universität der Stadt Isfahan, die ab Januar 2006 Kulturhauptstadt der islamischen Länder sein wird, zusammen mit einer Delegation Freiburger Juristen eine Konferenz zum Thema Menschenrechte statt. Das Ziel: den Dialog so weit voranzutreiben, dass mit Unterstützung des Freiburger Max-Planck-Instituts für internationales Recht, der Universität Freiburg, von Freiburger Rechtsanwälten, Staatsanwälten und Richtern und von der Freiburger Sektion der German Womens Lawyer Association in Isfahan ein Institut für Menschenrechte entsteht.

Isfahan und Freiburg verbindet seit fünf Jahren eine Städtepartnerschaft, die erste und einzige zwischen einer iranischen und einer deutschen Stadt. Eine Erfolgsgeschichte: Acht Bürgerreisen fanden seit 2000 statt, Schülerreisen, Lehrer-

reisen, Kulturaustausch und Kontakte zwischen den beiden Industrie- und Handelskammern. 2003 haben auch die beiden Universitäten einen Kooperationsvertrag abgeschlossen.

Seit Ende Oktober ist diese lebhaftere Berührung anfällig geworden. Die Worte des neuen iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadi-Nedschad über Israel, das – als Staat von der diplomatischen oder als Volk von der realen? – Landkarte verschwinden solle, haben zusammen mit der iranischen Nuklearpolitik den Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon dazu bewogen, die geplante Reise einer Freiburger Delegation in letzter Minute abzusagen. Seitdem herrscht Funkstille zwischen den Rathäusern. Auf der bürgerschaftlichen Ebene werden die Kontakte allerdings in Eigeninitiative weiterhin gepflegt.

Der zweitägige öffentliche „Menschenrechtsdialog“ beginnt mit der Anrufung Gottes und einem Film, der in kurzen Schnitten den reichen Westen dem Rest der Welt gegenüberstellt: hier Überfluss, dort Hunger, hier dicke, dort abgemagerte Kinder mit großen Augen. Anschließend präsentiert der stellvertretende Kanzler der Universität eine lange Liste westlicher Menschenrechtsverletzun-

gen, von Guantanamo über das französische Kopftuchverbot bis zur Verweigerung freien Zugangs zur Nuklearenergie für bestimmte Länder. Der Westen insgesamt wird von ihm auf die Anklagebank gesetzt.

Strafmündig mit neun

Doch weder die deutschen noch die iranischen Juristen haben Interesse an einem so groben politischen Schlagabtausch. „Unsere Aufgabe ist es, den Graben zwischen Theorie und Praxis zuzuschütten, denn auch bei uns gibt es Menschenrechtsverletzungen“, gibt ein Mitglied der Universität Isfahan mit rhetorischer Eleganz den Weg vor, der dann über die Rechte von Anwälten und die Kontroverse, ob es nur eine globale Formulierung von Menschenrechten oder auch eine islamische geben sollte, zur Thematisierung der Strafmündigkeit iranischer Jugendlicher (Mädchen ab neun, Jungen ab 15 Jahren) führt, wie sie nach islamischem Recht gilt.

Das ganze Ausmaß der Schwierigkeiten, vor denen eine liberale Justiz im Iran stünde, zeigte sich an der Frage eines Freiburger Richters: „Gibt es hierzulande eine Initiative, das iranische Jugend-

recht mit der Uno-Konvention, die die Todesstrafe für Kinder verbietet, in Übereinstimmung zu bringen?“ Es gebe seit geraumer Zeit keine Hinrichtungen mehr für Jugendliche unter achtzehn, war die ausweichende Antwort der Iraner. „Zumindest nicht in Isfahan“, wurde auf Hinweis einer Studentin hin nachgeschoben. Die Scharia, das heißt die aus dem Koran abgeleiteten Gesetze, kann in einer islamischen Republik eben nicht grundsätzlich ad acta gelegt werden, einzelne Richter können nur versuchen, sie nicht zur Anwendung zu bringen. So wird eine Rechtsfrage schnell zur Systemfrage und somit politisch. „Wir haben entweder globale Menschenrechte oder keine“, proklamierte ein Student, „asiatische Menschenrechte gibt es nicht“. Aus eben diesem Grund hatten vor der Konferenz die säkularen Mitglieder des Isfahaner Anwaltsvereins die Teilnahme am Menschenrechtsdialog abgelehnt. Man wolle sich nicht für eine Alibi-Veranstaltung einer staatlichen Institution wie der Universität hergeben.

Die Menschenrechte als Waffen des Westens, das war lange Zeit die Position der islamischen Orthodoxie. Inzwischen ist sie umgeschwenkt, und mit der gleichen Geste, mit der der Westen auf den

undemokratischen Orient verweist, verweist der Iran heute selbstgefällig auf die Menschenrechtsverletzungen im Westen, insbesondere der USA. Kaum eine Zeitung ohne entsprechende Artikel. Stellt das die Gründung eines Instituts für Menschenrechte in Isfahan in Frage? Nein, antworteten iranische wie deutsche Juristen. Missbrauch und Funktionalisierung sind nicht ausgeschlossen. Aber je mehr die Menschenrechte zum öffentlichen Thema werden, desto mehr sind sie auch Bezugspunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen. Und so waren auch die Diskussion und die Gespräche mit den Studenten der eigentliche Ertrag der Tagung.

Ein weiterer Ertrag war der Empfang des Isfahaner Bürgermeisters Seyed Mor-teza Saqaiyan-Nejad für die Freiburger Delegation. Er zeigte seinen Unmut über die späte Absage und wandte sich gegen die Politisierung der Städtefreundschaft: „Die nationale Politik wird nicht in Isfahan gemacht.“ Städtepartnerschaften, so kann man resümieren, reichen an die prinzipiellen Gegensätze des Denkens und Fühlens nicht heran: Durch die Erfahrung der Begegnung können sie aber gleichwohl neue Horizonte eröffnen. ELISABETH KIDERLEN